

**SEITE 2****Pflegereform****Steinmeier im Gespräch mit Graeber und Precht****SEITE 3****Eine neue Politik für Europa****SEITE 4/5****Interview mit Lars Klingbeil, Sigmund Ehrmann, Tim Renner und Jochen Sandig****SEITE 6****Hans-Werner Meyer über den Schauspielberuf****SEITE 7****Personal- und Betriebsrätekonferenz der SPD-Fraktion****SEITE 8****Betreuungsgeld: Eine Leistung, die keiner will**

GUTE ARBEIT

**SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 4/2012

Nur im Konsens mit den Bürgern

Die Beteiligung der Bürger ist bei Infrastrukturprojekten wie der Energiewende unverzichtbar.

In Deutschland scheint es immer schwieriger, große Infrastrukturprojekte durchzusetzen. Neuestes Beispiel: Der Münchner Flughafen.

Die Münchner Bürger haben sich in einem Volksentscheid klar gegen den Bau einer dritten Start- und Landebahn ausgesprochen. Während sich der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude und die Bayerische SPD an das Votum halten werden, will die Landesregierung am Ausbau des Flughafens festhalten.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das der falsche Weg. „Ergebnisse von Bürgerentscheiden sind ohne wenn und aber zu akzeptieren“, sagt der bayerische Landesvorsitzende und SPD-Fraktionsvize Florian Pronold, der in der SPD-Fraktion auch für das Thema Infrastrukturkonsens zuständig ist. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer wirft er vor, nachhaltigen Schaden für das Vertrauen der Bürger in die Politik anzurichten.

Klar ist: Ob Breitbandkabel, Verkehrswege oder Stromleitungen – eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Voraussetzung, damit wir in Deutschland auch künftig wirtschaftlich erfolgreich sind, unser Wirtschaftsmodell umweltgerechter wird und wir eine hohe Lebensqualität sichern. Gleichzeitig können große Infrastrukturprojekte nur im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern entstehen. In ihrem Projekt „Infrastrukturkonsens“ hat die SPD-Bundestagsfraktion ein sozialdemokratisches Konzept für die Industriegesellschaft von morgen und für ein ressourcenschonendes Leben und Wirtschaften entwickelt. Dazu gehören auch neue Formen und Verfahren der Bürgerbeteiligung, um die Legiti-



Nicht für jeden sind Windräder ein schöner Anblick. Gerade die Energiewende erfordert einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

mität und Akzeptanz der Infrastrukturprojekte zu gewährleisten.

„Wir brauchen einen neuen, gesellschaftlichen Konsens für Infrastruktur“, sagt Florian Pronold. Die Bürger sollen nach dem Willen der SPD-Fraktion besser und früher mitreden können. Künftig sollen sie vor der Planung von Großprojekten entscheiden, ob und wie ein Vorhaben gebaut werden soll. Dadurch können Planungsverfahren beschleunigt, Konflikte minimiert, und Klagen verhindert werden.

Für Florian Pronold sind gerade die Sozialdemokraten prädestiniert, derartige gesellschaftliche Konsense zu organisieren. Anders als Schwarz-Gelb hielten sie nicht jedes Infrastrukturprojekt für gut, egal welche Auswirkungen es auf die Umwelt habe. „Und anders als die Grünen sehen wir die grundsätzliche Notwendigkeit einer

guten Infrastruktur und bekämpfen nicht vor Ort, was wir auf Bundesebene abstrakt fordern.“

Ein Projekt, bei dem es auf einen solchen gesellschaftlichen Konsens besonders ankommen wird, ist der Umbau der Energiesysteme. Die Energieerzeugung rückt dadurch stärker in die Wahrnehmung der Menschen, sei es in Form von Windparks, Biogasanlagen oder Solarfeldern. Klar ist aber

auch: Diese Veränderungen können den Menschen nicht einfach vor die Nase gesetzt werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es daher dringend notwendig, die Menschen vor Ort, anders als dies bisher üblich war, von Beginn der Planungen an in einem offenen und transparenten Verfahren in die Entscheidungen über die künftige Energieinfrastruktur und über jede einzelne Baumaßnahme einzubinden. ■

Neuer Online-Auftritt: www.spd-fraktion.de

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihren Online-Auftritt überarbeitet. Das neu gestalteten Informationsangebot bietet den Lesern einen noch besseren Überblick über die Arbeit der SPD-Fraktion im Bundestag. Dazu gehören Initiativen

wie Anträge und Gesetzentwürfe, Große Anfragen sowie Positionspapiere, Pressemitteilungen und Veröffentlichungen.

Mehr unter:
www.spdfraktion.de

Achtung Schwarz-Gelb!

Normalerweise scheut Angela Merkel Festlegungen wie der Teufel das Weihwasser. Wenn sie sich aber mal festlegt, dann muss sie es offenbar gleich übertreiben. So hat die Kanzlerin einer Einführung von Eurobonds jetzt vehement widersprochen, mit dem Zusatz: „Solange ich lebe“. Von der FDP gab es dafür großen Applaus.

Wir meinen: geht es nicht auch eine Nummer kleiner!? Offenbar plant Angela Merkel auch eine Kanzlerschaft auf Lebenszeit. Die SPD wird das zu verhindern wissen.

Die Kanzlerin hat sich festgelegt (siehe oben), aber ihr Finanzminister hat davon nichts mitgekriegt. Wolfgang Schäuble nämlich kann sich gemeinschaftliche europäische Staatsanleihen (Eurobonds) unter gewissen Bedingungen in der Zukunft durchaus vorstellen. Von der FDP gab es dafür keinen Applaus.

Wir meinen: Wenn sich Angela Merkel schon mal festlegt, dann sollte sie wenigstens ihren Finanzminister einweihen.

Abgeordnete von CDU und FDP überbieten sich geradezu mit Lobgesängen auf das Betreuungsgeld. Neuestes Beispiel: die FDP-Familienpolitikerin Miriam Gruß. Sie beschrieb die Fernbleibprämie jetzt im Bundestag als eine „Leistung auf Pump, die scheinbar keiner so recht will in Deutschland“.

Sehr gut Frau Gruß! Erkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Aber bitte ziehen Sie auch die richtigen Konsequenzen und stimmen Sie nicht für dieses unsinnige Gesetz!

Pflegereform: „Die Koalition endet selbst als Pflegefall“

Mit einer privaten Pflege-Zusatzversicherung kündigt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Solidarität in der Pflege auf.

Seit Jahren warnen Fachleute, Sozialverbände und Gewerkschaften, dass die gesetzliche Pflegeversicherung unterfinanziert ist. Der Pflegebedürftigkeitsbegriff ist hoffnungslos veraltet und Pflegekräfte warten auf bessere Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Ein Fachkräftemangel droht.

Der Bundestag hat jetzt mit der Mehrheit von Schwarz-Gelb das Gesetz zur „Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ beschlossen. Was von Gesundheitsminister Bahr als große Reform angekündigt wurde, entpuppt sich jedoch als ein Pflegereformchen, gegen das auch Sozialverbände und Gewerkschaften Sturm laufen.

„Die Legislaturperiode unter CDU/CSU und FDP sind für Pflegende und Pflegebedürftige verlorene Jahre“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Nach großen Ankündigungen und zu Recht hohen Erwartungen an eine echte Pflegereform ende die Koalition nun selbst als Pflegefall.

Anlass zur Kritik bietet vor allem der sogenannte „Pflege-Bahr“. Danach sollen künftig private Pflege-Zusatzversicherungen mit fünf Euro pro Monat bezuschusst werden, wenn der Versicherte selbst mindestens zehn Euro monatlich investiert.

Für die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis bedeutet



der „Pflege-Bahr“ nichts weniger als den Ausstieg aus der solidarischen Absicherung des Pflegerisikos. Mit kleinen Verbesserungen für die Pflegebedürftigen versuche die Koalition die eigentliche Intention des Gesetzentwurfs zu verdecken: „Nämlich wieder einen

Baustein zu setzen für die Entsolidarisierung unserer sozialen Sicherungssysteme.“ Schätzungen der Sozialverbände gehen für die private Pflegeversicherung von Prämien in Höhe von bis zu 80 Euro pro Monat aus. Prämien, die allein Beschäftigte treffen, die Arbeitgeber bleiben außen vor.

Die SPD-Fraktion hat in einem eigenen Antrag dagegen ein umfassendes Gesamtkonzept für eine Pflegereform vorgelegt. In diesem Konzept ist der dringend benötigte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff einbezogen. Ebenso enthält der Antrag ein Konzept für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur- und Pflegeberatung, Ansätze zur Begegnung des Fachkräftemangels in der Pflege sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Reha- und Prävention. Für die solidarische Finanzierung einer menschenwürdigen Pflege sehen die Sozialdemokraten das Konzept der Pflege-Bürgerversicherung vor. All diese Punkte greife die Regierung in ihrem Gesetz nicht oder nur unzureichend auf, beklagt Hilde Mattheis. Dagegen beginne sie mit dem „Pflege-Bahr“, das Pflegerisiko zu privatisieren. „Hier zeigt sich, wer im Gesundheitsministerium am meisten Einfluss hat: die Lobbyisten der Privaten Krankenversicherung, die von dem Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung profitieren.“ ■

Wie umgehen mit der Staatsschuldenkrise?



Frank-Walter Steinmeier hat bei einer Veranstaltung der Reihe „fraktion kontrovers“ mit dem amerikanischen Anthropologen Dr. David Graeber und dem Philosophen Dr. Richard David Precht über Staatsverschuldung in der Finanz- und Wirtschaftskrise diskutiert. Insgesamt erlebten dabei 750 Zuschauer eine spannende Diskussion, an der sie sich im Saal auch mit Fragen beteiligen konnten. Frank-Walter Steinmeier erinnerte in seinem Eingangstatement da-

ran, dass die Ursache der Staatsschuldenkrise in der Finanzkrise liege und es in ganz Europa vor der Pleite von Lehman Brothers im Jahr 2008 seit zwei Jahrzehnten einen Niedrigstand der Staatsschulden gab, auch in Ländern wie Spanien oder Italien. Viele hätten dies wohl vergessen.

Graeber hat in seinem Buch „Schulden – die ersten 5000 Jahre“ untersucht, wie und warum Menschen in den vergangenen 5000 Jahren Schulden gemacht haben. In seinen Ausführungen stellte er die moralische Überzeugung in Frage, dass Schulden immer zurückgezahlt werden müssten. Angesichts der gesellschaftlichen Transformation in Nordafrika, im Nahen Osten sowie auch in Griechenland und Spanien plädierte Graeber für einen breiten Schuldenerlass und eine Erneuerung der Demokratie. Er sprach sich dafür aus, die Finanzmärkte zu besteuern, wenn da-

mit Gutes für mehr Gerechtigkeit bewirkt werde. Allerdings seien aus seiner Sicht grundlegendere Veränderungen nötig.

Der Philosoph Precht stellte die Verbindlichkeit, Schulden zurückzahlen zu müssen, nicht grundsätzlich in Frage. Denn sonst würde seiner Auffassung nach niemand mehr etwas verleihen. Doch auch er unterstrich, dass Schulden nicht um jeden Preis zurückgezahlt werden müssten. Als Beispiel nannte er die Entschuldung von Entwicklungsländern.

In der Diskussion stellte der SPD-Fraktionschef klar, dass es ihm darum ginge, die Finanzmärkte zu regulieren, um überhaupt wieder Stabilität herstellen zu können. Viele Millionen private Anleger hätten in Deutschland Lebensversicherungen abgeschlossen, auch dafür seien funktionierende Finanzmärkte notwendig. ■

Mit einer neuen Politik gegen die europäische Krise

Bei den Verhandlungen über den Fiskalpakt hat sich die SPD-Fraktion mit ihren Forderungen gegenüber Schwarz-Gelb durchgesetzt.

Die Krise in Europa hat sich in den letzten Monaten zugespitzt. Die Wirtschaft ist in vielen EU-Staaten eingebrochen, die Schulden der Krisenländer sind explodiert und die Jugendarbeitslosigkeit ist sprunghaft gestiegen, in einigen Ländern bis auf 50 Prozent. Die Risiken für Deutschland sind nicht geringer, sondern größer geworden. Griechenland, Irland und Portugal sind schon unter dem Rettungsschirm. Spanien und Zypern stehen kurz davor. All das ist nicht zuletzt die Bilanz von zwei Jahren schwarz-gelber Krisenpolitik.

„Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, den Teufelskreis aus instabilen Finanzmärkten, hohen Staatsschulden und einer um sich greifenden Rezession zu durchbrechen“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

Damit ist klar: Das System Merkel hat in der Eurokrise in historischer Dimension versagt. Die SPD-Bundestagsfraktion ist im Verlauf der letzten Monate in ihrer Auffassung bestätigt worden, dass ein fantasieloses Sparprogramm kein Ausweg sein kann. Die Sozialdemokraten haben stets davor gewarnt, dass Kredithilfen und Kürzungsprogramme nicht ausreichen, wenn Vertrauen wegbricht und die Wirtschaft erlahmt.

Monatelang hat die Opposition im Bundestag deshalb hart mit der Bundesregierung über den europäischen Fiskalpakt verhandelt. Die Verhandlungen waren nötig, da der Bundestag den Fiskalpakt nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen konnte, die Bun-



Mit einer Zweidrittelmehrheit hat der Bundestag den Fiskalpakt beschlossen.

desregierung also auf die Stimmen von SPD und Grünen angewiesen war. Als „hart, aber notwendig“ bezeichnete SPD-Fraktionschef Steinmeier die Verhandlungen, bei denen die Sozialdemokraten ihre zentralen Forderungen durchsetzen konnten: Gemeinsam mit den Grünen und der Bundesregierung einigten sie sich auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Damit werden endlich auch diejenigen an den Kosten beteiligt, die die Krise mitverursacht haben. Auch einen „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ hat die schwarz-gelbe Koalition mitbeschlossen – und damit zugleich das Scheitern ihres bisherigen Krisenmanagements eingestanden.

Im Grunde habe diese Regierung die Unterstützung der SPD nicht verdient, sagte Frank-Walter Steinmeier im Bun-

destag. Aber es gehe um Europa. Der Weg sei hart gewesen beim Fiskalpakt, aber lohnenswert. Der Fraktionschef betonte, dass die SPD-Fraktion dem Fiskalpakt, den Merkel ursprünglich wollte, niemals zugestimmt hätte. Erst die ergänzenden Wachstumsimpulse, die Stärkung der Europäischen Investitionsbank, das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit sowie die Transaktionssteuer machten das Paket für die SPD-Fraktion zustimmungsfähig. Die Sozialdemokraten stehen damit zu ihrer Verantwortung gegenüber Europa. Dieses Europa sei kein schwarz-gelbes oder rot-grünes Europa, betont Fraktionschef Steinmeier. „Es ist das Erbe einer Geschichte, die wir nicht verraten dürfen, und die Quelle des Wohlstandes über Jahrzehnte.“ ■

Editorial



von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mit einer historischen Plenarsitzung haben wir das erste Halbjahr 2012 beendet. Nach intensiven Beratungen haben wir am Ende eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen, die Rettungspolitik in Europa vom Kopf auf die Füße gestellt und ESM und Fiskalpakt beschlossen. Die Bundesregierung musste umschwenken und unsere Forderungen nach einer Finanztransaktionssteuer und einem Wachstums- und Beschäftigungspakt akzeptieren. Die Politik der immer wieder überfahrenen roten Linien der Bundeskanzlerin hinterlässt deutliche Spuren innerhalb der Koalition. Ganz offensichtlich bröckelt der Zusammenhalt. Nach dem Debakel um die Betreuungsgelddebatte hat die Koalition bei den so wichtigen Abstimmungen über den Rettungsschirm ESM dreimal die Kanzlermehrheit verfehlt. Wir Sozialdemokraten dagegen können mit dem ersten Halbjahr 2012 zufrieden sein. Wir haben mit Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zwei wichtige Landtagswahlen gewonnen. Wir stellen die Mehrheit der Ministerpräsidenten und wir haben nun auch eine Mehrheit im Vermittlungsausschuss. Bis zur Bundestagswahl stehen noch viele wichtige Entscheidungen an, die bisher bei der Bundesregierung in den Hintergrund gerückt sind. Die Energiewende kommt nicht voran, der Kitausbau muss forciert werden. Die Bundesregierung bleibt fast in der gesamten Innenpolitik Antworten auf die Herausforderungen schuldig. Deutschland braucht endlich wieder eine Regierung, die Mut zu Veränderungen hat und die Probleme des Landes nicht aus dem Blick verliert. Das kann nur eine SPDgeführte Regierung sein. Deshalb bereiten wir uns intensiv auf die Regierungsverantwortung vor. Die Diskussionen über den weiteren Weg aus der Krise werden uns auch in der Sommerpause und darüber hinaus beschäftigen. Ich wünsche allen dennoch eine erholsame Sommerpause und genügend Zeit, um Kraft zu tanken. Wir werden sie brauchen. ■

Organspende: Mit gutem Beispiel voran



Sie machen es vor: SPD-Abgeordnete zeigen ihre Organspendeausweise.

Der Bundestag hat im Mai mit den Stimmen aller Fraktionen das neue Organspende-Gesetz verabschiedet.

Dass den SPD-Abgeordneten das Thema auch persönlich am Herzen liegt, bewiesen sie schon vor der offiziellen Abstimmung, indem sie ihre Organspendeausweise in die Kamera hielten. Mit dem neuen Gesetz wird künftig jeder Bürger regelmäßig von seiner Krankenkasse befragt, ob er nach seinem Tod Organe spenden will. Zur Spende gezwungen wird aber niemand. Das Gesetz soll die Bürger lediglich dazu anregen, sich über diese Frage Gedanken zu machen. ■



Bei einem Workshop des Kreativpaktes: Frank-Walter Steinmeier, Tim Renner, Lars Klingbeil und Jochen Sandig (v. li.).

»Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts«

Der Sprecher der AG Kultur und Medien Siegmund Ehrmann und der netzpolitische Sprecher Lars Klingbeil betreuen in der SPD-Fraktion das Projekt „Kreativpakt“. Am Rande eines Workshops mit Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sprachen sie mit Tim Renner und Jochen Sandig im Rahmen eines Interviews über die Ziele des Projekts.

Ihr betreut innerhalb des Projekts Zukunft den „Kreativpakt“. Was genau hat es mit dem Kreativpakt auf sich und wie ist er entstanden?

Siegmund Ehrmann: Initialzündung war der Aufruf „Wir brauchen einen Kreativpakt“. Dieser Impuls im Jahr 2009 von Tim Renner, Filmemacher Pepe Danquart, DJ und Musikproduzent Paul van Dyk sowie vielen weiteren kreativen Köpfen wurde von Frank-Walter Steinmeier aufgegriffen. Seitdem arbeiten Kreative und Politiker gemeinsam an Konzepten zur Weiterentwicklung und Förderungen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Der Kreativpakt gibt dem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ der SPD-Bundestagsfraktion entscheidende Impulse.

Was genau sind die Ziele des Kreativpaktes?

Tim Renner: Zu Beginn ging es darum, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Kreativwirtschaft eine immer größer und wichtiger werdende Branche ist, die besondere Aufmerksamkeit verdient. Dieses Bewusstsein ist inzwischen deutlich gewachsen. Nun geht es vor allem um zwei Ziele: erstens konkrete Verbesserung für die Kreativwirtschaft in den Bereichen Urheberrecht, soziale Sicherung, Kulturförderung, Wirtschaftsförderung, Netzpolitik und im Bildungsbereich zu erzielen. Und darum, aus dem Zukunftslabor Kreativwirtschaft etwas über die Ökonomie und Arbeitswelt von morgen zu lernen. Denn viele Ent-

wicklungen, die uns alle in Zukunft betreffen, sind in der Kreativwirtschaft bereits heute Realität.

Siegmund Ehrmann: Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Kreative und künstlerische Arbeit ist grundlegend für ökonomischen Fort-

„Wir brauchen ein System, das Experimente zulässt“

Jochen Sandig

schrift und gesellschaftliche Innovation. Der Innovationsbegriff muss geöffnet werden. Die Kreativwirtschaft ist eine eigene Wirtschaftsform und

„Der Umgang mit Neuen Medien ist genauso wichtig wie Lesen und Schreiben“

Siegmund Ehrmann

Zukunftsbranche. Sie ist mit ihrem hohen wirtschaftlichen Potenzial mindestens so zu fördern wie die klassischen Industrien. Bildung und Weiterbildung muss den neuen, durch die Kreativwirtschaft aufgezeigten Anforderungen des Arbeitsmarktes vom frühestmöglichen Alter an gerecht werden. Der Umgang mit neuen Medien ist genauso wichtig wie Lesen und Schreiben. Bildung muss Kreativität heben und zur selbstständigen Arbeit befähigen und anregen.

Jochen Sandig: Förderung von Kunst und Kultur muss an die Bedürfnisse der Kultur- und Kreditschaffenden angepasst werden. Statt „einmal gefördert, immer gefördert“ brauchen wir ein System, das Experimente zulässt, die Avantgarde befördert und Anreize für Neues schafft.

Lars Klingbeil: Netzpolitik spielt bei den Zielen des Kreativpakts eine zentrale Rolle. Internet ist ein Grundrecht unserer digitalen Gesellschaft. Der Zugang zu einem schnellen Internet muss für Alle und überall möglich sein. Dies bedeutet z.B. ein öffentliches W-LAN in öffentlichen Räumen. Die Netzneutralität muss gesetzlich verankert werden. Informationen müssen für alle zugänglich sein.

Welche Bedeutung hat die Kreativbranche insgesamt für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland?

Lars Klingbeil: Die Bedeutung von Kreativ- und Kulturwirtschaft wird insgesamt in Deutschland immer noch unterschätzt. Verlagsbranche, Musikwirtschaft, Film, Fernsehen und Bühne, freischaffende Künstler, Architektur und Design, Kulturtourismus sowie die Branchen Software, Computerspiele und Werbewirtschaft beschäftigen rund eine Million Menschen und erzielen einen Umsatz von über 132 Milliarden Euro. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt 2,6 Prozent

und liegt damit bereits deutlich vor der Chemiebranche.

Tim Renner: Dabei ist nicht allein der Umsatz entscheidend. In der Kreativwirtschaft zeigen sich wie in einem Brennglas Probleme und Möglichkeiten der dynamischen Arbeitswelt und digitalisierten Ökonomie der Zukunft.

Aber trotz immer größerem Umsatz ist die Arbeitswelt in der Branche gekennzeichnet durch niedrige Durchschnittseinkommen und eine schlechte soziale Absicherung. Wie geht das zusammen?

Jochen Sandig: Der Wille zur Selbstausbeutung in der Kreativwirtschaft ist groß. Hier finden sich immer seltener klassische Berufsbilder und mehr hybride Arbeitsmodelle. Hier trifft eine dynamische Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts auf einen Sozialstaat, der aus der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts stammt.

Siegmund Ehrmann: Wenn ich mit Menschen aus der Kreativwirtschaft spreche und sie frage, was die größte Herausforderung sei, kommt häufig als Antwort: die soziale Sicherung. Umbrüche und Veränderungen der Arbeitswelt treffen Menschen in der Kreativwirtschaft viel stärker als die Gesamtbevölkerung.

Wie kann ein Kreativpakt dieser Entwicklung entgegenwirken? An welchen Stellschrauben kann die Politik drehen?

Jochen Sandig: Soziale Sicherung muss der neuen, kreativen und digitalen Arbeitswelt angepasst werden. Wir müssen berücksichtigen, dass sich die Kreativwirtschaft kleinteilig bzw. überwiegend in Form von Soloselbstständigkeit organisiert. Deshalb muss die Künstlersozialversicherung modernisiert und erweitert sowie die allgemeinen Sozialversicherungssysteme angepasst werden.

Wie läuft das Projekt in der Praxis? Auf welche Weise führt Ihr den Dialog mit den verschiedenen Akteuren?

Siegmund Ehrmann: Der Kreativpakt ist ein zentraler Baustein des „Projekts Zukunft – Deutschland 2020“. Das ist ein Projekt der Fraktion, wo wir über den Zeithorizont von Sitzungswochen Konzepte entwickeln, wie Deutschland sich im nächsten Jahrzehnt nachhaltig entwickeln kann. Der

„In der Kreativwirtschaft zeigen sich wie in einem Brennglas Probleme und Möglichkeiten der Arbeitswelt von morgen“

Tim Renner

Stellenwert des Kreativpakts in diesem Projekt ist hoch. Das liegt zum einen an Frank-Walter-Steinmeier, der sich sehr für dieses Thema engagiert und daran das viele meiner Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion sich mit viel Engagement und Sachverstand einbringen.

Jochen Sandig: Wir arbeiten in sechs Projektgruppen. Dort treffen sich monatlich Bundestagsabgeordnete mit Künstlern und Kreativen des Kreativpakt e.V. zu den Themen Kulturförderung, Wirtschaftsförderung, Soziale Sicherung, Netzpolitik, Urheberrecht und Bildung. Wissenschaftler, die zu diesen Themen forschen, haben uns mit ihrer Expertise unterstützt. Wir haben nun ein Jahr in diesen Projektgruppen und Workshops gearbeitet



Zuständig für das Projekt „Kreativpakt“: Siegmund Ehrmann und Lars Klingbeil (v. li.).

und schreiben basierend auf dieser Arbeit gemeinsam unser Konzept, das wir Mitte September öffentlich vorstellen werden.

Vor allem das Urheberrecht ist durch die digitalen Medien zu einem schwierigen politischen Thema geworden. Was macht das Urheberrecht heute so kompliziert?

Tim Renner: Im Urheberrecht geht es um einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern. In diesem Dreieck gibt es eine Schieflage. Denn die Verwerter – und zu denen zähle ich selber auch – sind in der Regel kapitalstark und können ihre Interessen artikulieren. Die Konsumenten sind so viele, dass auch sie eine hohe Aufmerksamkeit genießen. Die kreativen Urheber sind eindeutig in der schwächsten Position. Wir wollen aber, dass Urheber von ihrer Arbeit leben können. Ein verbessertes Urhebervertragsrecht ist dabei ein wichtiger Hebel. Für neue Geschäftsmodelle ist es entscheidend, dass die Verwerter nicht einen Wall gegen alles Neue aufbauen. Legale Angebote dürfen nicht verzögert werden.

Die SPD-Fraktion hat gerade 12 Thesen zum Urheberrecht vorgestellt. Wo steht die SPD-Fraktion im Urheberrechtsstreit und was genau sollen die Thesen bewirken?

Lars Klingbeil: Reale Nutzung des Netzes muss zur legalen Nutzung werden und dabei eine faire Vergütung gewährleisten. Wir brauchen ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt und vergüten hilft. Die damit verbundenen Chancen für kulturelle Teilhabe und Vermittlung, Demokratie, aber auch Vermarktung und Verbreitung kultureller Angebote müssen gefördert werden.

Das Projekt Zukunft soll am 14. September auf dem Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin präsentiert werden. Wie geht es anschließend mit dem Kreativpakt weiter?

Siegmund Ehrmann: Der Kreativpakt liefert einen wichtigen Baustein zum Zukunftsprogramm Deutschland 2020 der SPD-Bundestagsfraktion. Da-

„Reale Nutzung des Netzes muss zur legalen Nutzung werden und dabei eine faire Vergütung gewährleisten.“

Lars Klingbeil

nach wird sich unsere Arbeit von der Konzeption stärker auf den Dialog und die Kommunikation verlagern. Wir wollen auf wichtigen Veranstaltungen der Kultur- und Kreativwirtschaft von der Music Week über die gamescom bis zur Frankfurter Buchmesse präsent sein und mit eigenen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet über unsere Ziele ins Gespräch kommen.

Tim Renner: Es gibt viel zu tun. Erfolgsmaßstab ist letztlich, was an konkreten Verbesserungen für die Entwicklung in der Kreativwirtschaft umgesetzt wird. Auch da gilt, was Fußballerlegende Adi Preißler sagte: „Gau ist alle Theorie – entscheidend ist auf'm Platz“. ■

Zu den Personen

Tim Renner ist Inhaber eines Musiklabels und Musikverlages sowie Musikproduzent (www.motor.de). Als Journalist und Autor hat er u.a. das Buch „Digital ist besser“ geschrieben. Tim Renner ist Professor an der Popakademie Baden-Württemberg und Co-Produzenten der monatlichen Fernsehsendung „Berlin Live“ bei zdf. kultur und moderiert bei Bremen Vier die Sendung „Radio Renner“.

Jochen Sandig ist Gründer von vier bekannten Kulturinstitutionen

in Berlin: dem „Kunsthau Tacheles“, dem internationalen Tanzensemble „Sasha Waltz & Guests“ (www.sashawaltz.de), den Sophiensaele für freies Theater und Tanz (www.sophiensaele.com) und dem Kulturunternehmen „Radialsystem V“ (www.radialsystem.de).

Mit weiteren Kreativen und Künstlern engagieren sich die beiden für den Kreativpakt gemeinsam mit Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Sie sind Schauspieler?

Und was machen Sie tagsüber?

Ein Beruf mit den Nachteilen von abhängig Beschäftigten und dem Risiko von Selbstständigen. Hans-Werner Meyer über die Arbeitsbedingungen von Schauspielern.

Schauspieler verdienen viel, arbeiten wenig und haben hemmungslos Spaß! Die sollen sich nicht beklagen, sie haben sich dieses Lotterleben schließlich selbst ausgesucht. So lautet das uralte Vorurteil gegen Gaukler und anderes arbeitsscheues Gesocks und treibt in den Köpfen einer erschreckend großen Zahl Menschen sein Unwesen. Seit immer mehr Berufe unter ähnlich prekären Verhältnissen ausgeübt werden müssen wie die Schauspielerei, ist dieses Vorurteil zwar angeschossen und windet sich im Staub, aber wie in einem schlechten Western braucht es erstaunlich lange, um den Löffel abzugeben. Geben wir ihm den Rest. Ein paar Fakten: 70 % der Schauspielerinnen und Schauspieler verdienen unter 30.000 Euro brutto im Jahr, die wenigsten können von ihrem Beruf leben. Ein Familienleben, das ein Mindestmaß an Kontinuität erfordert, ist kaum möglich. Ohne ein zweites Standbein, das den Schauspielerberuf zu einem Nebenberuf macht, können immer weniger Schauspieler existieren. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Qualität der Filme, die in unser kollektives Gedächtnis eingehen.

Gagen im freien Fall

Unsere sogenannten Drehtagsgagen befinden sich seit Jahren im freien Fall und müssten aufgrund des tatsächlichen Arbeitsaufwandes eigentlich Wochengagen heißen. Aber auf den einzelnen Drehtag bezogen erscheinen unsere Gagen relativ hoch, und darum zahlen wir die absoluten Höchstbeiträge in die Arbeitslosenversicherung. Trotzdem haben wir kaum Aussicht,

Arbeitslosengeld I zu bekommen. Wir sind Angestellte – aber immer nur mit kurz befristeten Arbeitsverträgen. So haben wir äußerste Schwierigkeiten, die nötige Anwartschaftszeit zu erfüllen. Überhaupt fallen wir arbeits- und sozialrechtlich zwischen alle Stühle: Wir haben die gleichen Nachteile wie abhängig Beschäftigte, wir tragen das gleiche Risiko wie Selbstständige, und uns trifft die Bürokratie wie beide zusammen.

Drohende Altersarmut

Der Bundesverband der Film- undFernsehschauspieler hat in den letzten Jahren einiges dafür getan, dass Schauspieler endlich den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend sozialversichert werden, also nicht nur pro Drehtag, sondern für den tatsächlichen Vertragszeitraum, weil sie zur Verfügung stehen, sich vorbereiten, proben, nachsynchronisieren und Pressearbeit leisten müssen. Dennoch: Im Arbeitsleben eines Schauspielers klaffen immer noch abgrundtiefe Löcher, die unweigerlich zu Altersarmut führen – auch bei den Kollegen, die die Helden unserer Fantasie verkörperten und die wir im Olymp der Berühmten und Sorglosen wähten.

Noch etwas ist kurz vorm Exitus: die Wertschätzung kultureller Leistungen. Sie wird derzeit gelyncht, zermahlen im kriegesischen Diskurs zwischen den Nutzerrecht-Bandidos und den Urheberrecht-Sheriffs. Natürlich muss das Urheberrecht in Zeiten unbegrenzter digitaler Verfügbarkeit angepasst werden, das bestreitet kaum einer ernsthaft. Dass die aktuelle Debatte darüber



Hans-Werner Meyer ist Vorstand des Bundesverbandes der Film- undFernsehschauspieler.

Zur Person

Hans-Werner Meyer ist Vorstand des Bundesverbandes der Film- undFernsehschauspieler (BFFS). Meyer begann seine Karriere am Residenztheater in München und gehört zu den meistbeschäftigten und vielseitigsten Schauspielern seiner Generation. Er spielte bislang in über 80 Filmen in Kino und TV. ■

aber mit einer derart rapide um sich greifenden Verachtung für die Arbeit von Künstlern und Kulturschaffenden einhergeht, müsste selbst hartgesottene Western-Fans erschrecken. Denn die mit dem i-Phone selbst gedrehte Western-Parodie auf youtube vertreibt zwar auch die Zeit, verliert aber ihren Sinn, wenn es keine echten Western mehr gibt, weil niemand mehr bereit ist, dafür zu bezahlen. Eine Kultur von Amateuren für Amateure? Eiskalt bläst der Wind durch die Ruinen einer einst reichen Kultur. ■

Mehr unter www.bffs.de

Für ein zeitgemäßes Arbeitslosengeld

Die Arbeitslosenversicherung bietet immer weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Schutz.

Viele haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, da sie in einem Zeitraum von zwei Jahren weniger als 12 Monate versicherungspflichtig beschäftigt waren. Momentan gehen laut DGB fast 30 Prozent der Neuarbeitslosen leer aus, obwohl sie vorher Beiträge gezahlt haben. Betroffen sind vor allem Personen mit instabilen Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeiter

und Saisonarbeiter sowie befristete Beschäftigte und gering Qualifizierte. Aber auch an der Berufswirklichkeit vieler Beschäftigter in der Kultur- und Kreativwirtschaft geht die derzeitige Regelung vorbei. Mit oft kurzen, befristeten Arbeitsverträgen haben viele Kulturschaffende große Schwierigkeiten, die nötige Anwartschaftszeit zu erfüllen und bleiben außen vor.

Mit einem Antrag hat die SPD-Fraktion die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Rahmenfrist für den Bezug

von Arbeitslosengeld I von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Kurz befristete Beschäftigte sollen Anspruch auf Arbeitslosengeld I von mindestens drei Monaten haben, wenn sie sechs Monate Beiträge gezahlt haben. Für die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anette Kramme wäre eine Neuregelung daher nur folgerichtig: „Wenn es immer mehr kurzfristige Beschäftigung gibt, muss es künftig auch kurzfristiges Arbeitslosengeld geben.“ Die schwarz-gelbe Koalition wird den

SPD-Antrag mit ihrer Mehrheit im Bundestag wahrscheinlich ablehnen. Der Vorschlag der SPD-Fraktion aber verschwinde nicht in der Schublade, verspricht Anette Kramme. „Er wird Eingang finden in unser Programm für die Bundestagswahl 2013 und im Falle unserer Regierungsbeteiligung Bestandteil unseres Regierungshandelns werden. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



DGB-Chef Michael Sommer auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion.

Gegen Missbrauch von Werkverträgen

250 Teilnehmer kamen zur Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion.

Die diesjährige Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion stand unter dem Motto „Arbeit sichern – Wege öffnen“. Einen Tag lang diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Gewerkschaften über Leiharbeit, Minijobs und den Missbrauch von Werkverträgen.

Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und DGB-Chef Michael Sommer machten zu Beginn der Konferenz mit starken Worten klar, wie nötig faire Re-

geln am Arbeitsmarkt und eine neue Ordnung für Arbeit sind.

Schwerpunkt der Diskussion mit den Betriebs- und Personalräten war der Missbrauch von Werkverträgen. Mögliche Lösungen diskutierten die Teilnehmer mit Prof. Wolfgang Däubler und dem Leiter des Hugo Sinzheimer Instituts, Dr. Thomas Klebe. Sie zeigten Möglichkeiten auf, wie man juristisch gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen kann. Einig waren sich

alle Beteiligten, dass die Politik strengere Regeln gegen den ausufernden Missbrauch von Werkverträgen schaffen muss.

Mehr Mitsprachemöglichkeiten

„Die SPD will die Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen klarer fassen“, betonte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme. „Künftig soll es nicht mehr möglich sein, unter dem Titel ‚Werkvertrag‘ de facto Leiharbeiter zu beschäftigen – zu schlechteren Konditionen.“ Außerdem wolle die SPD den Betriebsräten mehr Mitsprachemöglichkeiten geben, auch beim Einsatz von Werkvertragsnehmern in der Firma.

Bisher geht deren Einsatz meist völlig am Betriebsrat vorbei, weil sie über die Einkaufsabteilung der Unternehmen beauftragt werden und das Personalbüro meist gar nicht beteiligt ist.

„Hier müssen wir per Gesetz für klare Mitbestimmungsrechte sorgen“, forderte Kramme, die auch das Schwerpunktprojekt „Ordnung für Arbeit“ im Projekt Zukunft der SPD-Bundestagsfraktion leitet. Sie kritisierte, dass die Bundesregierung das Problem bei den Werkverträgen völlig ignoriert.

Der Austausch der SPD-Fraktion mit Betriebs- und Personalräten hat eine lange Tradition. Die sozialdemokratischen Abgeordneten laden regelmäßig nach Berlin ein, um über aktuelle arbeitsmarktpolitische Herausforderungen zu sprechen. Mit konstruktiven Gesprächen sollen neue Impulse zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation entstehen. ■

Meldungen

Schüler-Bafög einführen

Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien machen weiterhin selten Abitur. Damit sie nicht aus wirtschaftlichen Gründen nach dem Sekundar-I-Abschluss eine Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit aufnehmen, bedürfen sie finanzieller Unterstützung. In einem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, das Bafög auf alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 auszuweiten. Die Förderung soll auch gezahlt werden, wenn die Kinder bei den Eltern wohnen. Wohnen sie nicht mehr bei den Eltern, erhalten die Schülerinnen und Schüler einen Wohnkostenzuschuss. Die Bundesregierung muss mit den Bundesländern über die gemeinsame Ausbildungsförderung verhandeln. Im Haushaltsjahr 2013 sollen zusätzlich 100 Millionen Euro bereit gestellt werden. Nur dann kann die erweiterte Schülerförderung im Schuljahr 2013/2014 beginnen. ■

Entgeltgleichheit schaffen!

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Arbeitsentgelt ist ein Grundrecht. Doch der Durchschnittsverdienst von Männern ist um 23 % höher als der von Frauen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt als erste Fraktion einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt. Danach gilt: Wer Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern herstellen will, kommt an Transparenz nicht vorbei. Deshalb sollen Betriebe ab 15 Beschäftigten verpflichtet werden, ihre Entgeltstrukturen offen zu legen und auf Diskriminierung überprüfen zu lassen. Seit 101 Jahren kämpfen Frauen für das Recht auf gleiche Bezahlung. Diese Forderung wird mit dem Entgeltgleichheitsgesetz der SPD-Fraktion für Frauen in 190.000 Betrieben der Privatwirtschaft und Dienststellen der öffentlichen Verwaltung endlich eingelöst. ■

3 Fragen an Martin Burkert, Bahnbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion



Im September richtet die SPD-Bundestagsfraktion eine Konferenz für die Personal- und Betriebsräte der Bahn aus. Um welche Themen wird es dabei gehen?

Zentrales Thema ist die Mitbestimmung in der Bahn-Branche, daher auch der Titel „Zukunft Schiene – nur mit starker Arbeitnehmervertretung“. Dazu haben wir den Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Alexander Kirchner als Redner und Diskussionspartner eingeladen. Neben

den Arbeitsbedingungen geht es auch um die Rahmenbedingungen für den Bereich Schiene, also der Infrastruktur.

Mit einer modernen Infrastrukturpolitik will die SPD-Fraktion den Verkehr in Deutschland klimafreundlicher machen. Welche Rolle spielt die Bahn in diesen Plänen?

Die Bahn spielt dabei eine zentrale Rolle, denn sowohl der Personenverkehr als auch der Güterverkehr sind bereits heute gelebte Elektromobilität. In Deutschland wird Bahnstrom derzeit zu rund 20 Prozent aus erneuerbaren Energien gewonnen. Ziel der DB AG ist es, diesen Anteil bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen und bis 2050 einen völlig CO2 freien Schienenverkehr zu erreichen. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass das steigende Güterverkehrsaufkommen und ein attrakti-

ver Personenverkehr nur mit Hilfe der umweltfreundlichen Bahn zu gestalten ist.

Dabei beklagen die Gewerkschaften einen immer größeren Personalmangel bei den Eisenbahnen. Wie passen Personalmangel und Ausbau des Schienenverkehrs zusammen?

Der Personalmangel hat viel mit dem allgemeinen Fachkräftemangel zu tun. Hier kann aktiv gesteuert werden. So gibt es von Seiten der EVG zum Beispiel eine „Fachkräfteoffensive Bahn Bayern“, zusammen mit allen relevanten Akteuren aus Politik und Wirtschaft. Klar ist: Es braucht neben einer attraktiven Infrastruktur auch einen attraktiven Arbeitsmarkt Bahn, mit klaren Sozial- und Lohnstandards, Weiterbildungsmöglichkeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Chancengleichheit. ■

Vorgestellt



Wolfgang Tiefensee

Wolfgang Tiefensee (57) ist neuer Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie. Er folgt in diesem Amt auf Garrelt Duin, der als Landesminister nach Nordrhein-Westfalen wechselt. Seit 2009 ist Wolfgang Tiefensee Mitglied des Bundestages. Von 1998 bis 2005 war er Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und von 2005 bis 2009 Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Die politischen Überzeugungen des Leipzigers sind bis heute geprägt von der friedlichen Revolution in der DDR: „Wir sind in der Lage die Verhältnisse zu verändern, wenn wir zusammenstehen, eine gemeinsame Vision haben und den Mut, neue Wege zu gehen.“ ■



Ulla Burchardt

Ulla Burchardt (58) ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags und hat seitdem in ihrem Dormunder Wahlkreis für die SPD stets das Direktmandat errungen. Seit 2005 ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Das Leitmotiv ihrer politischen Arbeit beschreibt die Diplom-Pädagogin mit einem Satz von Willy Brandt: „Alle Politik soll sich zum Teufel scheren, wenn sie nicht in der Lage ist, den Menschen das Leben leichter zu machen.“ Dieses Motto gilt für ihre Wahlkreisarbeit genauso wie für ihr Engagement zu fachlichen Themen. ■

Zwei Milliarden Euro für eine Leistung, die keiner will

Betreuungsgeld: Ein schwarz-gelber Kuhhandel geht zu Lasten der Kinder.

// Die erste Bundestagsdebatte über das Betreuungsgeld hat gezeigt: FDP und auch weite Teile der Union wollen die Kitafernhaltprämie eigentlich nicht. //

Die Unionsleute saßen in den letzten Reihen, die FDP gab nur müde Applaus für die Rede von Familienministerin Schröder (CDU). In der Bundestagsdebatte über das Betreuungsgeld zeigte sich einmal mehr, dass die meisten Abgeordneten von Union und FDP keinesfalls hinter dem Gesetz stehen. Die FDP-Familienpolitikerin Miriam Gruß brachte es in der Debatte nochmals auf den Punkt und nannte das Betreuungsgeld eine „Leistung auf Pump, die scheinbar keiner so recht will in Deutschland“. Trotzdem will die schwarz-gelbe Koalition das Gesetz nach der Sommerpause beschließen. Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in einem Kuhhandel zwischen den Regierungsparteien: Die FDP ist gegen das Betreuungsgeld, stimmt aber im Kabinett dafür, weil die Union dafür dem „Pflege-Bahr“, der privaten Pflegezusatzversicherung, zustimmt. Dabei will die Union dieses sozial ungerechte Klientelgeschenk an die private Versicherungswirtschaft eigentlich gar nicht. Am Ende freut sich nur der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) über sein Betreuungsgeld.

Mehrheit gegen Betreuungsgeld

Die Menschen in Deutschland würden gerne darauf verzichten. Laut ZDF-Politbarometer vom 15. Juni lehnen 71 Prozent der Deutschen das Betreuungsgeld ab. Selbst die Anhänger der Union sind mit 64 Prozent dagegen. Auch namhafte Wissenschaftler warnen im neuen Bildungsbericht von Bund und Ländern vor der Einführung der Prämie, da sie nicht zu finanzieren sei, ohne andere Ziele zu vernachlässigen. Zudem verhindere sie die wichtige frühkindliche Bildung in Betreuungseinrichtungen.

Insgesamt sollen zwei Milliarden Euro für das Betreuungsgeld bereitgestellt werden, um eine Wahlfreiheit für Eltern zu schaffen. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht allerdings fest: echte Wahlfreiheit kann es erst mit einem flächendeckenden Angebot an Krippenplätzen geben. Zwar tritt der



Echte Wahlfreiheit gibt es nur bei einem Betreuungsangebot für alle Kinder.

Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz im August 2013 in Kraft, bisher fehlen dafür aber noch 200.000 Betreuungsplätze. Mit den zwei Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld kostet, könnten allein 166.000 zusätzliche Krippenplätze entstehen.

„Frau Schröder, wenn Sie von Respekt und Toleranz reden, ist das schlichtweg unglaublich“, sagte die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks im Bundestag. Die SPD-Fraktion erreichten waschkorbeweise Briefe von Eltern, die das Fehlen von Wahlfreiheit beklagen, weil Kita-Plätze fehlten. Die SPD-Fraktion hat deshalb ihren Antrag „Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld“ in den Bundestag eingebracht. Darin fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mittel in den weiteren Ausbau von Kita-Plätzen zu investieren.

„Die Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag denkt so wie wir“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler. Sie ist sich sicher: Bei einer freien Abstimmung gäbe es keine Mehrheit für das Betreuungsgeld. Deshalb appelliert

sie an die Abgeordneten von Union und FDP. „Lassen Sie uns gemeinsam aus der großen Ablehnung in der Bevölkerung und unter den Verbänden eine Mehrheit der Vernunft im Deutschen Bundestag schmieden.“ ■

Zukunftskongress

Im Rahmen eines „Zukunftskongresses“ will die SPD-Fraktion am 14./15. September 2012 in Berlin ihre im Projekt Zukunft entstandenen Beiträge für ein Modernisierungsprogramm für Deutschland gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Ziel ist es, Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir anders arbeiten, besser leben und nachhaltig wirtschaften. Mit ihrem Zukunftskonzept für Deutschland 2020 bereitet sich die SPD-Fraktion auf künftige Regierungsverantwortung vor. Machen Sie mit!

Infos und Anmeldung unter:
www.spdfraktion.de/zukunftskongress

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 02. Juli 2012

Herstellung: NetworkMedia GmbH

Redaktion: Ralf Bergmann, Stefan Hintermeier, Dr. Alexander Linden, Anja Linnekugel, Gero Fischer

Gestaltung: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800